

31.08.2020

Niederschrift 002/2020

Ausschuss für Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung
am 11.08.2020 | Kreishaus Unna | Friedrich-Ebert-Straße 17 |
59425 Unna Freiherr-vom-Stein-Saal C.001-C.003

Beginn 16:00 Uhr

Ende 17:05 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Martin Wiggermann

Kreistagmitglieder SPD

Herr Hartmut Ganzke

Herr Jens Hebebrand

Frau Christine Hupe

Frau Ursula Lindstedt

Sachkundige Bürger/innen SPD

Frau Sabina Müller

Herr Klaus-Peter Winkler

Kreistagmitglieder CDU

Herr Jan-Eike Kersting

Herr Herbert Krusel

Herr Olaf Lauschner

Herr Gerhard Meyer

Frau Martina Plath

Sachkundige Bürger/innen CDU

Herr Stephan Wehmeier

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Jochen Nadolski-Voigt

Sachkundige Bürger/innen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Patricia Esther Morgenthal

Kreistagmitglieder Linksfraktion

Herr Werner Sell

Sachkundige Bürger/innen GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel

Vertretung für Herrn Markus Werthebach

Kreistagmitglieder FW

Herr Helmut Stalz

anwesend bis 17:00 Uhr

Beratendes ordentliches Mitglied

Herr Michael Klostermann

Abwesend:**Kreistagmitglieder SPD**

Frau Martina Eickhoff

Sachkundige Bürger/innen GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Markus Werthebach

Verwaltung

Herr Torsten Göpfert, Dezernent III

Frau Silke Schmücker, Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung

Frau Annika Schönfeld, Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung / Schriftführerin

Gäste

Herr Uwe Ringelsiep, Jobcenter Kreis Unna

Herr Christian Scholz, Jobcenter Kreis Unna

Frau Anita Flacke, Wirtschaftsförderung Kreis Unna

Herr Wiggermann begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 30.07.2020 verschickt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|------------------|--------|---|
| Punkt 1 | | Bestellung einer Schriftführung für den Ausschuss für Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung |
| Punkt 2 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 3 | | Aktuelle Herausforderungen in der Arbeit des Jobcenters des Kreis Unna
mündlicher Bericht: Herr Uwe Ringelsiep, Geschäftsführer Jobcenter Kreis Unna |
| Punkt 4 | 110/20 | Neufassung der Vereinbarung zur Ausgestaltung und Organisation des Jobcenters Kreis Unna |
| Punkt 5 | 108/20 | Einführung einer Bildungskarte im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets im Kreis Unna |
| Punkt 6 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |
| Punkt 6.1 | | Mitteilungen der Verwaltung |
| Punkt 6.2 | | Anfrage von Herrn Klostermann bezüglich möglicher Zielkonflikte zwischen Ökologie und Ökonomie |

Nichtöffentlicher Teil

Punkt 7 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Bestellung einer Schriftführung für den Ausschuss für Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung

Beschlussvorschlag

Auf Vorschlag des Landrates wird Frau Annika Schönfeld zur Schriftführerin für den Ausschuss für Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

**Punkt 3 Aktuelle Herausforderungen in der Arbeit des Jobcenters des Kreis Unna
mündlicher Bericht:
Herr Uwe Ringelsiep, Geschäftsführer Jobcenter Kreis Unna**

Herr Ringelsiep erläutert anhand einer Präsentation (Anlage 1) die aktuellen Herausforderungen in der Arbeit des Jobcenters des Kreises Unna.

Punkt 4 110/20 Neufassung der Vereinbarung zur Ausgestaltung und Organisation des Jobcenters Kreis Unna

Erörterung

Herr Göpfert erläutert zunächst die Hintergründe der Änderung der rechtlichen Vorschriften. Der Grund der Anpassung der vertraglichen Formulierung sei insbesondere der Wille, eine vertragliche Lösung zu schaffen, mit der es nicht mehr notwendig sei alle 5 Jahre eine neue Vereinbarung treffen zu müssen. Unter anderem da diese oft mit einer Diskussion verbunden sei. Daher habe man sich dazu entschlossen zu prüfen, wie der entsprechende Passus der Geschäftsführung so formuliert werden kann, dass er offen wird für die Wiederbestellung eines Geschäftsführers, nach einer Amtszeit von 5 Jahren – wenn dies von beiden Trägern gewollt ist.

Herr Göpfert weist darauf hin, dass auch die Vorschrift bzgl. der Trägerversammlung an das geltende Recht angepasst werden musste. Im Grundsatz solle in der Position als Geschäftsführer und in der Position als Vorsitzender der Trägerversammlung jeweils eine Person beider Träger sein. Ein Wechsel der Anstellungsträgerschaft des Geschäftsführers bedeute allerdings nicht automatisch einen Wechsel der Vorsitzenden in der Trägerversammlung. Man könne als Träger daraufhin wirken, dass der bisherige Vorsitzende sein Amt niederlegt, einen gesetzlichen Automatismus für einen solchen Wechsel gäbe es aber ausdrücklich nicht.

Ferner teilt Herr Göpfert mit, dass im § 7 der Vereinbarung klargestellt wurde, dass die Trägerversammlung die Zusammensetzung des örtlichen Beirates beschließen muss und dieser sich anschließend eine Geschäftsordnung gibt. Nachfragen zu den zu § 6 in Rede stehenden Varianten gibt es keine. Daher werden diese nicht weiter thematisiert.

Herr Wiggermann macht deutlich, dass es ein gemeinsames Interesse sei, eine möglichst breitgetragene Lösung zu finden.

Frau Lindstedt teilt für die SPD-Fraktion mit, dass man den §§ 5 und 7 zustimmt, da diese so angepasst worden seien, dass sie den gesetzlichen Anforderungen entsprechen. Bezüglich des § 6 wäre man gerne auf die Variante A gekommen. Allerdings habe man gemerkt, dass man eine größere Zustimmung erhält, wenn man sich für die Variante B entscheidet. Auch vor dem Hintergrund dessen, was bereits durch Herrn Wiggermann geäußert wurde, habe man sich dann für die Variante B entschieden.

Herr Meier teilt für die CDU-Fraktion mit, dass sich die Fraktion nach intensiver interner Diskussion für die Variante B entschieden habe. Auch unter Berücksichtigung der interfraktionellen Gespräche und um ein möglichst deutliches Signal nach außen zu senden.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN teilt Herr Nadolski-Voigt mit, dass auch sie die Variante B unterstützen werden. Er fände es gut, dass alle eine einheitliche Position bezogen hätten.

Herr Klostermann, im Namen der FDP Fraktion, schließt sich weitestgehend den Ausführungen von Herrn Nadolski-Voigt an. Ferner teilt er mit, dass er sich freue, dass es nun gelungen sei das Votum in der SPD und CDU zugunsten der, von der FDP-Fraktion favorisierten Variante B zu haben.

Herr Sell teilt für die Linksfraktion mit, dass man sich ursprünglich für die Variante A entschieden habe. Doch nun – auch aufgrund der bereits genannten Gründe und der Mehrheit, die im Kreistag zustande kommen soll – für die Variante B stimmen werde.

Herr Prof. Dr. Hofnagel bedankt sich für die gute Diskussion. Er werde sich jedoch bei der Abstimmung enthalten, da die Fraktion GFL- Lünen / UWG-Selm noch nicht final zu diesem Thema zusammengetreten sei. Er ginge aber davon aus, dass die Fraktion beim Kreistag dieser Variante zustimmen werde.

Aufgrund der einheitlichen Meinung des überwiegenden Teils der Anwesenden, lässt Herr Wiggermann abschließend über die Variante B abstimmen.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt die Neufassung der Vereinbarung in der Variante B vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (1 Enthaltung GFL- Lünen/UWG-Selm)

Punkt 5 108/20 Einführung einer Bildungskarte im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets im Kreis Unna

Herr Göpfert teilt mit, dass der Arbeitsauftrag aus der Kreistagssitzung vom 02.07.2019 mit diesem Bericht erfüllt worden sei. Man habe den Prüfauftrag ganzheitlich verstanden und umfassend berichten wollen.

Die Bildungskarte werde etwas zur Entbürokratisierung beitragen und gebe einen verbesserten und erleichterten Zugang zu den Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets. Allerdings könne man noch nicht sagen, ob sie auch zu einer Aufwandreduzierung im Verwaltungsapparat beitragen wird. Zudem werden zusätzliche laufende Aufwendungen bei der Einführung eines solchen Systems zu tragen sein. Es könne sich erst nach der Einführung der Karte entscheiden, wie diese gegenfinanziert werden können. Ferner teilt Herr Göpfert mit, dass beabsichtigt sei, einen Prozess zu installieren, der von der Antragstellung bis zur Umsetzung vollständig digital ist. Dabei müssten die Leistungsträger im Kreis Unna beteiligt und voll digital in die Prozesse einbezogen werden. Dieser Prozess sei der Top-1-Digitalisierungsprozess, den der Fachbereich 50 für das Thema Digitaler Masterplan der Kreisverwaltung angemeldet hat. Innerhalb der Kreisverwaltung sei er einer von fünf Top-Prozessen. Man müsse nun abwarten welche Prozesse nacheinander und welche nebeneinander bearbeitet werden können.

Herr Nadolski-Voigt teilt für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN mit, dass man dieses Ergebnis begrüße. Dennoch sei man sich darüber bewusst, dass das viel Arbeit war. Man werde das Projekt weiterhin unterstützen und begleiten.

Frau Lindstedt teilt im Namen der SPD-Fraktion mit, dass man diesen Bericht heute zunächst zur Kenntnis nehmen werde. Es sei eine sehr umfangreiche Vorlage und diese sei zunächst innerhalb der Fraktion zu besprechen. Außerdem sei dies ein Thema, dass man mit in die Haushaltsberatungen nehmen werde. Frau Lindstedt bedankt sich im Namen der Fraktion bei der Verwaltung für den ausführlichen Bericht.

Herr Meyer führt aus, dass man mitten im Prozess stehe und den Digitalisierungsprozess umfassend gestalten wolle. Zudem sei es wichtig, dass wenn man innerhalb der Verwaltung Priorisierungen für die Digitalisierung festlege, dass man dann mit dem Thema Digitalisierung des Bildungs- und Teilhabepaketes einen möglichst großen Stellenwert erzielt. Dabei solle der Grundsatz „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“ gewahrt werden. Man werde den Prozess weiter begleiten, erwarte jedoch eine umfassende Darstellung.

Punkt 6 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Punkt 6.1 Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung ergeben sich keine.

Punkt 6.2 Anfrage von Herrn Klostermann bezüglich möglicher Zielkonflikte zwischen Ökologie und Ökonomie

Auf die Anfrage von Herrn Klostermann, welche Auswirkungen die Verwaltung und der Ausschussvorsitzende sehen, wenn die klimapolitischen Leitziele eine immer höhere Gewichtung bekommen bzw. wie dann Kollisionen mit dem zu Beginn der Legislaturperiode für den Ausschuss Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung festgelegten obersten Ziel, die Wirtschaftsförderung und auch den Arbeitsmarkt weiterhin zu bearbei-

ten, verhindert werden, teilt Herr Wiggermann mit, dass er hierzu keine konkrete Antwort geben kann, da dies zu umfassend sei. Herr Klostermann erwarte mit dieser Frage eine strategische Ausrichtung des Ausschusses und damit auch eine politische Ausrichtung. Wie man damit umgeht, solle direkt nach den Wahlen im September entschieden werden und nicht in dieser Sitzung.

Herr Göpfert führt an, dass die Politik – der Kreistag – die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Kreisverwaltung festlege. Danach werde die Verwaltung bestmöglich arbeiten. Er betont, dass es immer wieder Zielkonflikte geben werde und es vorrangig Aufgabe der Politik sei, diese aufzulösen.

Aufgrund der Tatsache, dass man sich unter dem Punkt Mitteilungen befindet, unterbricht Herr Wiggermann die Diskussion.

Herr Wiggermann bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern für die gute und konstruktive Zusammenarbeit in der nun bald endenden Wahlperiode.

Anlagen

1. zu Punkt 3 – Präsentation: Aktuelle Herausforderungen in der Arbeit des Jobcenters des Kreis Unna

gez. Annika Schönfeld
Schriftführerin

gez. Martin Wiggermann
Vorsitzender